



FDP-Landesverband M-V | Goethestr. 87 | 19053 Schwerin

BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.  
Landesgruppe Norddeutschland  
Dr. Torsten Birkholz · Geschäftsführer  
Normannenweg 34  
20537 Hamburg

Schwerin, den 21. September 2021

vorab per Email an: [birkholz@bdew-norddeutschland.de](mailto:birkholz@bdew-norddeutschland.de)

### **BDEW-Landesgruppe Norddeutschland zur Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern**

Ihre Email vom 04.05.2021

Sehr geehrter Herr Dr. Birkholz,  
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Email vom 05. Mai 2021. Nachfolgend senden wir Ihnen unsere Antworten auf Ihre Fragen (Wahlprüfsteine). Sollten Sie über die Antworten hinaus noch weitere Fragen haben, zögern Sie nicht uns zu kontaktieren.

#### **A) Energiewirtschaft: Erzeugung und Systemintegration**

##### **1. Welche Rolle spielen nach Ihrer Meinung zukünftig Wasserstoff und weitere klimaneutrale Gase in Mecklenburg-Vorpommern, um die Ziele der Energiewende zu erreichen?**

Durch die vorhandenen und potentiell möglichen Kapazitäten an erneuerbaren Energien kann Mecklenburg-Vorpommern eine führende Rolle in der Produktion von Wasserstoff spielen. Dafür werden die Rahmenbedingungen für die Erzeugung und die Kapazitäten der Netze eine entscheidende Rolle spielen. So müssen einerseits Förderbedingungen für Elektrolyseure geschaffen werden als auch eine Infrastruktur für den Transport. Anfänglich wird es auch möglich sein, dies mit Tankfahrzeugen zum Hafen Rostocks zu bringen. Der Ausbau des Hafens Rostock als Umschlagplatz wird sowohl für den Ex- als auch Import eine wesentliche Rolle spielen. Der Bedarf wird in den nächsten Jahren ansteigen. Allein durch den Fortschritt der Brennstoffzellen, kann die Nachfrage im Mobilitätssektor stark steigen. Wasserstoff wird auch beim Schwerlastverkehr auf den Straßen und im Bereich der Baumaschinen eine erhebliche Rolle spielen. Weiter wird Wasserstoff für die Schifffahrt und Luftfahrt an Bedeutung gewinnen um die Emissionsziele in Deutschland zu erreichen.

Freie Demokratische Partei LV Mecklenburg-Vorpommern  
Landesgeschäftsstelle Goethestr. 87 19053 Schwerin  
Tel.: 0385/562954 Fax: 0385/5574665  
Email: [m-v@fdp.de](mailto:m-v@fdp.de); homepage: [www.fdp-mv.de](http://www.fdp-mv.de)  
IBAN DE10 130 700 000 3177128 00, BIC DEUT DE BRXXX

Die Herstellung von blauem oder türkisen Wasserstoff ist unter den aktuellen Erkenntnissen sowohl ineffizient als auch wenig ökologisch. Um langfristig günstige Energiekosten zu erreichen plädieren wir weiter in Forschung und Entwicklung zu investieren und bis dato die effizientesten Möglichkeiten zu nutzen um den Bürger nicht weiter über Gebühr zu belasten. Grüner Wasserstoff ist zwar ebenfalls weniger effizient, als aktuelle alternativen im fossilen Bereich, jedoch sind die bereits bezahlten Phantomstrommengen hierbei zu berücksichtigen. Der bereits bezahlte Strom kann in Wasserstoff gewandelt und zu marktüblichen Konditionen veräußert werden um die EEG Umlage zu senken und somit die Preise für Endkunden mindern.

## 2. Welche Schritte wird Ihre Partei unternehmen, um den Ausbau der Erneuerbaren Energien im Land zu beschleunigen?

Eine der wichtigsten Maßnahmen ist die Steigerung der Akzeptanz in den betroffenen Gemeinden. Wir schlagen daher vor, dass Gemeinden eine prozentuale Beteiligung am Umsatz der Energieanlagen erhalten um dafür Sorge zu tragen, dass diese Gemeinden sofort direkt an den Anlagen partizipieren. Dies darf jedoch nicht zu einer Senkung anderer Umlagen führen. Damit erreichen wir gerade in den strukturschwachen ländlichen Regionen Möglichkeiten für Investitionen in Infrastruktur und Daseinsvorsorge.

Weiter müssen die Planungs- und Genehmigungsverfahren signifikant beschleunigt werden. Die Ausschreibungsverfahren sind aufgrund ausbleibender Genehmigungen obsolet. Um dies zu erreichen müssen diese Verfahren digitalisiert werden und entsprechende Personalkapazitäten müssen geschaffen werden. Nur so wird langfristig Druck auf die Strompreise und eine Entlastung der Endkunden möglich sein. Ökologische Aspekte, die wir durchaus respektieren, dürfen nicht länger zu ewig langen Verfahren führen. Die Widerspruchsmöglichkeiten sollten zum Wohle der Allgemeinheit weiter eingeschränkt werden und sich nur auf Fehler der in der Erteilung von Genehmigungen beschränken bzw. weiterer objektiver Kriterien. Ziel soll hier mehr Planungssicherheit, Transparenz und Rechtssicherheit für alle Beteiligten sein. Hierzu sollten Fristen entsprechend der Ausbauziele verkürzt werden.

## 3. Wie bewertet Ihre Partei die aktuelle Entwicklung der Strompreise? Welche Maßnahmen zur Eindämmung des Strompreisanstiegs sehen Sie als geeignet an?

Die aktuellen Strompreise sind ein Wettbewerbsnachteil für den Standort Deutschland und unser Ziel muss es sein diese signifikant zu senken.

Wie schon gesagt sind einerseits schnellere und damit eine höhere Anzahl an Genehmigungen das Ziel um in Ausschreibungsverfahren tatsächlich die effizientesten Bieter zum Zug kommen zu lassen. Durch die Umwandlung des bisher nicht produzierten Phantomstroms in Wasserstoff, kann eine Absenkung des EEG Umlage finanziert werden.

Auch die Netzentgelte befinden sich auf einem hohen Niveau und sollten weiter durch die BNetzA geprüft und gern durch Ausschreibungen verringert werden. Der Ausbau der Netze muss ebenso wie der Ausbau der Anlagen im Bereich der Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Ohne einen beschleunigten Netzausbau belasten die Redispatchkosten weiter die Preise für die Endverbraucher.

Außerdem sollte im Zuge des Anstiegs der Anteile der Erneuerbaren Energien über die Senkung der Stromsteuern nachgedacht werden. Niedrige Strompreise sind eine wichtige Wirtschaftsförderung.

#### 4. Was würde Ihre Partei in einer Landesregierung unternehmen, um die Emissionsminderung im Wärmesektor weiter voranzubringen? Welche Rolle spielen die Nah- und Fernwärmeversorgung in den nächsten Jahrzehnten zur Erreichung der Klimaschutzziele?

Für die privaten Haushalte sehen wir bereits jetzt eine erhöhte Nachfrage nach Wärmepumpen und wollen dies auch weiter vorantreiben. In dichter besiedelten Gebieten und in der Industrie werden KWK Anlagen eine große Rolle spielen (wenn auch übergangsweise mit zum Teil fossilen Brennstoffen). Langfristig sollten diese jedoch durch erneuerbare Brennstoffe ersetzt werden. Die Versorgung von Wohnhäusern mit Raumwärme und Warmwasser sollte in Zukunft mit niedrigen Temperaturbereichen als heute möglich sein und entsprechend sollten sich die Betreiber dahingehend umstellen. Langfristig werden Power to Heat Anlagen und Geo- und Solarthermie sowie Abwärme einen wesentlichen Beitrag zur Wärmeversorgung liefern. Aber auch der überschüssige Strom kann zukünftig in Wasserstoff gewandelt, nicht nur als Speicher, sondern auch zur Wärmeerzeugung genutzt werden. Hier wird es langfristig auf die besten Effizienzen ankommen. Wir sehen das völlig technologieoffen und gehen davon aus, dass sich das effizienteste am Markt durchsetzen wird.

#### B) Energiewirtschaft: Netzinfrastruktur

##### 1. Was wird Ihre Partei unternehmen, um die Investitionsfähigkeit der Verteilnetzbetreiber in Mecklenburg-Vorpommern zu erhalten und zu stärken? Wie stehen Sie zur Weiterentwicklung der Eigenkapitalverzinsung von Netzinvestitionen?

Wir begrüßen ausdrücklich das BGH Urteil vom 09.07.2019. Renditen nahe des zweistelligen Bereiches sind unter der aktuellen Zinslage und den steigenden Stromkosten der Verbraucher kaum zu rechtfertigen. Im Besonderen nicht in einer Monopolstellung, die die VNB einnehmen. Vielmehr würden wir uns ein markübliches Tenderverfahren wünschen, dass die Eigenkapitalverzinsung weiter reduziert um die Verbraucher und Unternehmen langfristig weiter zu entlasten. Wir sind der Meinung, dass es ausreichend Marktteilnehmer gibt, die in einem zuverlässigen Markt, wie Deutschland, zu durchaus niedrigeren Renditen investieren würden.

##### 2. Wie steht Ihre Partei zu einer zukünftigen gemeinsamen Regulierung von Gas- und Wasserstoffnetzen?

Um mittelfristig Planungssicherheit zu haben und potentiell Marktmisbrauch in einem Monopol vorzubeugen, wird es regulatorische Rahmenbedingungen geben müssen. FNBs sollten das Wasserstoffnetz nach unserer Meinung ausbauen und das EU Recht müsste dahingehend angepasst werden. Ziel muss eine effiziente Integration in bestehende Kapazitäten sein. Gleichzeitig sollte in den ersten Jahren eine Erlösobergrenze eingeführt werden um den Markthochlauf nicht zu gefährden. Dies sehen wir aber nur als eine temporäre Lösung um die Netzentgelte in den Anfängen nicht ausufern zu lassen. Um den Hochlauf zeitnah zu gewährleisten wird hier eine Förderung des Ausbaus von Nöten sein. Neben den europäischen Richtlinien wird auch das EnWG um den Part Wasserstoff erweitert werden müssen.

##### 3. Wie bewerten Sie den Stellenwert und die Herausforderungen für Verteilnetzbetreiber, die sich aus der Digitalisierung ergeben?

Die Digitalisierung spielt bereits seit Jahren eine starke Rolle in der Optimierung der Prozesse, sowohl im Bereich der Steuerung als auch in der Sicherheit. Dies wird auch in Zukunft (auch mit KI Unterstützung) weiter an Bedeutung gewinnen um auch langfristig die Kosten weiter zu reduzieren.

4. Wie würde Ihre Partei den Ausbau der Elektromobilität bzw. der Ladeinfrastruktur in Mecklenburg-Vorpommern beschleunigen? Wie könnte das öffentliche Laden zusätzlich gefördert werden, wie das Laden zuhause?

Die Elektromobilität stellt hohe Anforderungen an die Netzbetreiber. Viele kleine dezentrale regenerative Erzeuger mit hohen Volatilitäten erfordern methodische und technologische Anpassungen der Netze. Konzepte wie Smart Grids, also intelligente Stromnetze, welche die Erzeugung, Speicherung und den Verbrauch zentral steuern, müssen konsequent eingeführt und weiterentwickelt werden, um die Basis für ein flächendeckendes Versorgungsnetz für Elektrofahrzeuge zu schaffen.

C) Wasser- und Abwasserwirtschaft

1. Wie ist Ihre Position zum Vorrang der Trinkwasserversorgung? Werden Sie sich für die gesetzliche Verankerung dieses Vorrangs einsetzen?

Die Trinkwasserversorgung muss im Zuge der Daseinsvorsorge absoluten Vorrang vor allen anderen Nutzungen haben. Eine gesetzliche Verankerung ist somit absolut geboten.

2. Wird sich Ihre Partei für einen zielgerichteten Einsatz der Wasserentnahmegebühr und zusätzliche Fördermöglichkeiten für die Wasserwirtschaft einsetzen und wenn ja, wie?

Die bestehende Wasserentnahmegebühr sollte Verursachungsgerecht ausgeweitet werden. Die Ausnahmen gemäß §16 Abs. 2 LWaG sollten einer Überprüfung unterzogen und mit einem ermäßigten Beitrag zugunsten der Wasserwirtschaft erhoben werden.

3. Wie ist Ihre Position zur Novellierung des Landeswassergesetzes? Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen?

Eine Novellierung ist aufgrund der aktuellen Gegebenheiten absolut notwendig und die FDP wird sich entsprechend, wie oben beschrieben für eine Novellierung einsetzen.

4. Wird sich Ihre Partei für die Förderung der Kreislaufwirtschaft im Bereich der Abwasserwirtschaft einsetzen und wenn ja, wie?

Wir werden uns für die Nutzung von Klärgas und Klärschlamm zur Eigenstromerzeugung in KWK-Anlagen und einer Nutzung des erzeugten Stroms innerhalb der Wasserwirtschaft einsetzen, so dass hiermit eine Kostensenkung im Energiebereich für die Wasserwirtschaft spürbar wird.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Doreen Siegemund  
Landesgeschäftsführerin